SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Politik in einer alternden Gesellschaft: vom Generationenvertrag zum Generationenkonflikt?

Streeck, Wolfgang

Postprint / Postprint
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Streeck, W. (2007). Politik in einer alternden Gesellschaft: vom Generationenvertrag zum Generationenkonflikt? In P. Gruss (Hrsg.), *Die Zukunft des Alterns: die Antwort der Wissenschaft* (S. 279-304). München: Beck. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-194934

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wolfgang Streeck: Politik in einer alternden Gesellschaft: Vom Generationenvertrag zum Generationenkonflikt? In: Peter Gruss (Hg.), Die Zukunft des Alterns: Die Antwort der Wissenschaft. Beck, München 2007, 279–304.

Politik in einer alternden Gesellschaft: Vom Generationenvertrag zum Generationenkonflikt?[1]

Von Wolfgang Streeck

Die Vorhersagefähigkeit der Sozialwissenschaften ist begrenzt. Das liegt nicht daran, dass es ihnen an Wissenschaftlichkeit oder den Sozialwissenschaftlern an mathematischem Scharfsinn fehlte. Vielmehr ist die Welt, die die Sozialwissenschaften untersuchen, eine geschichtliche Welt, also eine, deren Zukunft sich aus ihrer Vergangenheit und Gegenwart nicht sicher ableiten lässt. Was wir über die Gesellschaft wissen können, hängt davon ab, was wir in ihr beobachtet haben; ob das aber auch weiterhin gelten wird, lässt sich gerade auch auf der Grundlage empirischer Beobachtung immer bezweifeln. Das 19. Jahrhundert hat noch nach allgemeinen Naturgesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung gesucht, auch mit dem Ziel, diese nach dem Vorbild der naturwissenschaftlich angeleiteten Technik zu steuern. Alle derartigen Projekte sind gescheitert, am spektakulärsten der materialistische Determinismus des entwickelten Marxismus.

Heute sind die Sozialwissenschaften bescheidener geworden. Sie haben aufgehört, die enorme, sich jeder linearen Vorhersage entziehende Komplexität der sozialen Welt zu unterschätzen. Sie haben erkannt, dass kontingente Ereignisse – technologische Neuerungen, Kriege, Klimawechsel – das soziale Leben auf lange Zeit und für ganze Generationen entscheidend beeinflussen können. Sie haben verstanden, dass das, was das menschliche Leben zum Guten oder Bösen bestimmt, unter- und innerhalb jener allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen stattfindet, die man allenfalls, wenn es sie überhaupt gibt, mit Hilfe universaler Gesetzmäßigkeiten beschreiben könnte. Sie haben, in anderen Worten, lernen müssen, dass gesellschaftliche Entwicklung gerade dort, wo sie für menschliche Praxis von Bedeutung ist, ihrem Wesen nach im offenen Horizont einer ungewissen Zukunft stattfindet.

Heißt das, dass die Sozialwissenschaften keinen Beitrag zum Verständnis und zur praktischen Lösung von gesellschaftlichen Problemen leisten können, die ja oft gerade dann als besonders bedrohlich erschei-

nen, wenn sie historisch neu sind? Das wäre fatal, und so ist es auch nicht. Eine Sozialwissenschaft, die der «Kreativität des Handelns» (Hans Joas) den ihr zukommenden Platz einräumt, wird dadurch realitätstüchtiger. Auf Verallgemeinerungen – Begriffe, Modelle, Wenn-dann-Aussagen – muss sie nicht verzichten: Tatsächlich benötigt sie sie dringend, wenn sie die Kräfte herausarbeiten will, die in historischen Handlungssituationen die Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten zukünftiger Ereignisse und Entwicklungen umgrenzen. Allerdings sind im sozialen Leben normalerweise eine Vielzahl von Kräften und Kausalbeziehungen am Werk, die kaum jemals in dieselbe Richtung weisen. Welche von ihnen sich jeweils durchsetzen, ist das oft unvorhersagbare, weil von Zufällen oder Entscheidungen abhängige Ergebnis eines Ringens zwischen widerstreitenden «sozialen Mechanismen» in historischen Gemengelagen. In ihrer Unübersichtlichkeit stehen diese einem vom Clausewitz'schen «Nebel des Krieges» verhüllten Schlachtfeld in nichts nach.

Demografischer Wandel, Sozialstaat und Demokratie

Sozialwissenschaftliche Forschung steht in enger Wechselbeziehung mit den Problemdefinitionen und Selbstwahrnehmungen der von ihr untersuchten Gesellschaft. Die modernen Naturwissenschaften sind in der glücklichen Lage, dass ihre Theorien für das Selbstverständnis der meisten Menschen keine Rolle mehr spielen. Fragen und Einwänden eines Laienpublikums müssen sie sich deshalb nur selten stellen und können sich in der Regel darauf beschränken, sie für illegitim zu erklären. Dies gilt selbst auf einstmals so umstrittenen Feldern wie der Evolutionsbiologie oder der Astrophysik, wo die Menschen der Moderne zumindest in Europa den Widerspruch zwischen ihren Intuitionen und den Theorien der Wissenschaft nicht mehr als beunruhigend empfinden. Ganz anders verhält es sich, wenn es um das soziale Leben geht – auch wenn viele Sozialwissenschaftler gerne über dieselbe Autonomie verfügen würden wie ihre Kollegen aus den naturwissenschaftlichen Disziplinen. Nicht nur die Sozialwissenschaft entwickelt nämlich Theorien der Gesellschaft, sondern auch, als Experte in eigener Sache, die Gesellschaft selbst. Anders als die Naturwissenschaften haben es die Sozialwissenschaften deshalb mit einem Forschungsgegenstand zu tun, für den ihre Erkenntnisse Teil eigener Selbsterkenntnis sind. Dies hat zur Folge, dass den Sozial-

wissenschaften immer wieder Fragen «von außen» aufgegeben werden, denen sie sich nicht verweigern können, auch wenn diese sich nicht an ihrer wissenschaftlichen Lösbarkeit oder dem Ziel des wissenschaftlichen Fortschritts orientieren, sondern an den wechselnden Erfahrungen, Hoffnungen und Befürchtungen eines interessierten Publikums.

Zu den Themen, die den Sozialwissenschaften heute aus der Gesellschaft heraus gestellt werden, gehören die politischen Auswirkungen der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung. Mittlerweile gilt es als Gemeinplatz, dass die zunehmende Zahl alter und sehr alter Menschen die öffentliche Daseinsvorsorge mit schwierigen Herausforderungen konfrontiert, die weit über die Notwendigkeit der Finanzierung wachsender Rentenzahlungen hinausreichen. Wie soll der notwendig gewordene altersfreundliche Umbau der Gesellschaft aussehen, und wie soll er bewältigt werden? Wie müssen Gesundheitssystem, Arbeitswelt, Transportsysteme, Städte- und Wohnungsbau an die veränderte Bevölkerungsstruktur angepasst werden, und wie vor allem soll ihre Anpassung bezahlt werden, wenn der Anteil der Alten und Inaktiven an der Bevölkerung immer weiter zunimmt? Unzweifelhaft ist, dass das Ausmaß der notwendig gewordenen Veränderungen den Rahmen der traditionellen Alterspolitik sprengen muss, bei der es darum ging, den aus dem aktiven gesellschaftlichen Leben Ausgeschiedenen vor dem Tod einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen, und hinter der der Stolz von Politik und Gesellschaft stand, im Zeichen eines expandierenden Wohlfahrtsstaats Altersarmut ein für alle Mal überwunden zu haben.

Mit dem Altern der Gesellschaft ändern sich jedoch nicht nur die Anforderungen an Politik und Verwaltung, sondern auch die Politik selbst und das Bild des Alters, das ihr bisher unterlag. Je weiter der Bevölkerungsanteil der Alten zunimmt, desto schwerer wird es, sie sich als passive Empfänger wohlfahrtsstaatlicher Leistungen vorzustellen. Wenn Politik die Produktion bindender Entscheidungen der Lasswell'schen Frage «*Who gets what, when and how?*»[2] ist, dann eröffnet der in Gang befindliche demografische Wandel die beunruhigende Möglichkeit einer Ablösung der wohlfahrtsstaatlichen Generationensolidarität durch einen scharfen intergenerationalen Verteilungskonflikt. Kann das, was man den «Generationenvertrag» oder gar «Generationengerechtigkeit» nennt, in einer alternden Gesellschaft nach wie vor auf die staatlich vermittelte Ableistung von Unterstützungspflichten der Jüngeren gegenüber den Älteren beschränkt bleiben? Oder müssen, je weiter sich das Zahlen-

verhältnis zuungunsten der Jüngeren verschiebt, um der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft willen die Pflichten der einen und die Rechte der anderen neu festgelegt werden? Was sind die legitimen Ansprüche der Alten an die Jungen, und welche Teile des wohlfahrtsstaatlichen Generationenvertrags müssen im Lichte der veränderten demografischen Bedingungen neu ausgehandelt werden?

Noch beunruhigender könnte allerdings die Frage erscheinen, ob demokratische Politik mit dem Anwachsen des Bevölkerungsanteils der Alten überhaupt noch in der Lage sein kann, einen neuen Ausgleich zwischen den Generationen herzustellen. Immer öfter wird in der populären Literatur die Möglichkeit beschworen, dass die reichen Industriegesellschaften zu Gerontokratien einer neuen Art werden könnten, in denen eine Mehrheit von Alten mit demokratischen Mitteln die politische Macht erobert und dazu nutzt, die Jüngeren wirtschaftlich auszubeuten.[3] Ein Verlust der bislang im Wohlfahrtsstaat als selbstverständlich vorausgesetzten Dominanz der Aktiven über die Ausgeschiedenen, so die Befürchtung, könnte Politik und Gesellschaft die Mittel entziehen, die sie braucht, um Wohlstand und Fortschritt auch für ihre Zukunft zu sichern. Durch die Alterung der Bevölkerung entstünde eine Gegenwarts- und Konsumgesellschaft ohne den politischen Willen und die Fähigkeit zu Zukunftsinvestitionen. Statt neuen Wohlstand und weiteres Wachstum zu schaffen, müsste sie alte Ansprüche abgelten. Das politische System würde zum Instrument einer – unvermeidlich – untergehenden Klasse; der gesellschaftliche Zeithorizont würde radikal zusammenschrumpfen; die Möglichkeit politischer Erneuerung wäre versperrt; und die Gesellschaft insgesamt verlöre ihre Zukunftsfähigkeit. Ist das Spektakel immer neuer und meist vergeblicher Versuche zur Sanierung der Rentenversicherung Vorbote eines künftigen politischen Grundkonflikts zwischen Jung und Alt, der die Gesellschaft auf ganz neue Weise politisch blockieren könnte?

Dass man sich heute über eine politische Machtergreifung der Älteren überhaupt Gedanken machen kann oder muss, hat mit drei Entwicklungen zu tun, die sämtlich nicht älter als ein Jahrhundert und auf Westeuropa, Nordamerika und Japan beschränkt sind: mit der Überalterung bzw. «Unterjüngung» (Franz Xaver Kaufmann) der reichen Industriegesellschaften; mit der Demokratisierung und, vor allem, der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts; sowie mit der Einrichtung des modernen Wohlfahrtsstaats. Der von manchen erwartete neue Genera-

tionenkonflikt ist nur vor dem Hintergrund dieser drei Bedingungen denkbar. Die gestiegene Lebenserwartung und die gesunkenen Geburtenraten haben die Zahl der älteren Menschen und ihren Anteil an der Bevölkerung dramatisch steigen lassen; das allgemeine Wahlrecht macht die wachsende Bevölkerungsgruppe der Alten zu einem politischen Machtfaktor; und der moderne Wohlfahrtsstaat kann als Umverteilungsinstrument zugunsten von Wählergruppen genutzt werden, die ihre wirtschaftlichen Interessen am freien Markt nicht befriedigen können oder wollen.

Wie historisch einzigartig diese Bedingungskonstellation ist, zeigt ein Vergleich mit der Lage älterer Menschen in vormodernen Gesellschaften. Zwar konnten Alte in den Jahrhunderten vor der Industrialisierung oft ein hohes Maß an Respekt beanspruchen, und in Kirche und Politik war Alter manchmal sogar eine Voraussetzung für Einfluss und Ansehen. Aber die Zahl der Alten und insbesondere der aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben Ausgeschiedenen war niedrig, weil die Lebenserwartung vor allem der unteren Klassen kurz war. Der Bauer, der dem Drängen seiner Erben nachgab und ihnen seinen Hof überschrieb, erhielt ein Gnadenbrot und häufig nicht mehr; dies war wohl auch der Grund, warum die Hofübergabe oft lange hinausgezögert wurde. Die Abhängigkeit von der Nachfolgegeneration war groß und die Behandlung nicht selten harsch. In Zeiten der Not wurde erwartet, dass die Alten «den Löffel abgaben» oder ihn sich abnehmen ließen. Wer alt war, war meist arm und verbrachte seine Zeit im Wesentlichen damit, auf den Tod zu warten. Macht hatten die Alten nicht: Sie waren in der Unterzahl, unfähig zur Organisation, körperlich hinfällig, wirtschaftlich abhängig – und geschützt allenfalls von Geboten der Ehrerbietung und der kindlichen Dankbarkeit, auf deren Einhaltung sie sich jedoch nicht verlassen und die sie jedenfalls nirgendwo einklagen konnten.

Am wichtigsten von den drei Bedingungen, die die Politik unserer alternden Gesellschaften als Zukunftsproblem erscheinen lassen, dürfte im Übrigen der moderne Wohlfahrtsstaat sein. Wenn jeder im Alter aus eigenen Ersparnissen für sich selber aufkommen müsste – ohne ein öffentliches Rentensystem, das die aktive jüngere Generation für den Unterhalt der nicht mehr aktiven Älteren in die Pflicht nimmt –, erschienen die möglichen politischen Auswirkungen des demografischen Wandels viel weniger bedrohlich. In der Tat lassen sich in den heutigen Befürchtungen über die künftige Politik alternder Gesellschaften die Spuren einer

Rhetorik wiederfinden, die schon in den politischen Diskussionen der Vergangenheit über den modernen Wohlfahrtsstaat präsent war: die Befürchtung einer Nutzung der politischen Demokratie zur Selbstbereicherung einer parasitären Mehrheitsklasse, mit der Folge einer Strangulation der Marktwirtschaft und der Wachstumsdynamik des Kapitalismus durch eine Klasse von Rentiers, die ihren Lebensunterhalt nicht ehrlich am Markt verdient hat. In dieser Perspektive geht es denn auch in erster Linie gar nicht um Alte, sondern um Rentner: nicht um die Interessen alter Menschen als solcher, sondern um die Auswirkungen ihrer sozialstaatlichen Alimentation auf die politische Ökonomie.[4]

An der Produktion alarmistischer Zukunftsszenarien sind Sozialwissenschaftler meist doppelt beteiligt: als Brandstifter ebenso wie als Feuerwehrleute. In ihrer Rolle als vorgeschobene Beobachter gesellschaftlicher Entwicklungen gehören sie zu den Ersten, die beginnende Veränderungen erkennen und auf sie aufmerksam machen. Wenn sie dann versuchen, eine neue Tendenz genau herauszumodellieren, wird diese fast unvermeidlich gegenüber dem Kontext, in den sie eingebettet ist, isoliert und verabsolutiert, auch weil ihre relative Bedeutung zunächst nur schwer abzuschätzen ist. Wandern derartige Modelle anschließend aus der wissenschaftlichen in die öffentliche Diskussion, kann der Eindruck entstehen, dass in Zukunft nur noch das Neue wirksam sein wird. Dann kommt die Stunde der anderen Sozialwissenschaftler, die daran erinnern, dass alles nicht so einfach ist; dass nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht wurde; und dass das Alte nicht gleich verschwindet, wenn Neues auf den Plan tritt. So schlägt Wissenschaft erst Alarm und wiegelt dann wieder ab, und beides häufig zu Recht: Das Neue ist meist nicht grundstürzend neu, aber es kann dennoch anders sein als das Alte; und was man aus der Vergangenheit weiß, muss nicht notwendig auch für die Zukunft gelten, obwohl es in der Regel seine Gültigkeit nicht völlig verliert.

Rentner als Klasse?

Wie wahrscheinlich also ist es, dass die zukünftige Politik der reichen postindustriellen Gesellschaften von einem Verteilungskonflikt zwischen pensionierten Alten und erwerbstätigen Jungen geprägt sein wird? Anders als bei den Generationenkonflikten der Moderne ginge es dabei

nicht um unterschiedliche Wertorientierungen oder Lebensweisen. Der Generationenkonflikt der Zukunft, der den Generationenvertrag des Sozialstaats ablösen würde, wäre ein politisch-ökonomischer Konflikt zwischen Gruppen mit widerstreitenden Einkommensinteressen. Nicht in der Privatsphäre den Familien würde er ausgetragen, sondern im öffentlichen Raum der Politik: Sein Medium wäre das allgemeine Wahlrecht, mit dessen Hilfe eine wachsende Zahl von Alten ihre Rentiersinteressen gegen eine schrumpfende Zahl noch aktiver Jüngerer durchsetzen würde. Steht uns dies bevor?

Politisch-ökonomische Konflikte zwischen Gruppen mit unterschiedlicher «Marktlage» bezeichnet die sozialwissenschaftliche Tradition als Klassenkonflikte. Wenn die junge Generation ihren Lebensunterhalt am Markt verdienen muss, während die Alten von den Zwängen des Marktes freigesetzt sind, unterscheiden sich beide auch durch ihre Klassenlage – und umso mehr, je weniger die Lebensphase als Rentner als bloßes Anhängsel, als sehr kurzes Nachspiel der Zeit als Erwerbsperson gesehen werden kann. Politik kommt ins Spiel, insofern das wichtigste «Produktionsmittel» der Älteren die Macht des Staates ist, vermittels deren die «Solidarität» der noch Arbeitenden notfalls auch erzwungen werden kann. Allerdings muss eine Klasse, die ihre wirtschaftliche Existenz mit staatlichen Mitteln sichern will, den Staat auch tatsächlich in Besitz nehmen können. Das kann sie nur, wenn sie politisch handlungsfähig ist – also, in der hegelianischen Formulierung von Karl Marx, aus einer «Klasse an sich» zu einer «Klasse für sich» wird. Dazu aber muss sie sich organisieren: Politische Handlungsfähigkeit setzt Organisationsfähigkeit voraus. In einer seiner Abhandlungen über die Politik des postrevolutionären Frankreich im 19. Jahrhundert – in dem Aufsatz über den «18. Brumaire» – fragt Marx, warum die französischen Bauern in dem jahrzehntelangen Hin und Her zwischen Revolution und Konterrevolution immer nur Spielball anderer Interessen waren, obwohl sie nicht nur die große Mehrheit der Bevölkerung stellten, sondern auch wirtschaftlich unentbehrlich waren. In seiner Antwort beschreibt Marx die Klasse der Bauern mit einer seiner machtvollsten Metaphern als «einfache Addition gleichnamiger Größen, wie etwa ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet»: als strukturlosen Haufen gleicher, aber miteinander unverbundener Einzelner:

«Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzbedingungen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung

von denen der anderen Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse. Insofern ein nur lokaler Zusammenhang unter den Parzellenbauern besteht, die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse.»[5]

Sind die heutigen Alten politisch ein «Sack Kartoffeln», so wie die französischen Bauern des 19. Jahrhunderts? Oder können sie zu einer mobilisierungs- und handlungsfähigen Gruppe, einer «Klasse» werden?[6] Folgt man dem, was die Politikwissenschaft bis vor kurzem sicher zu wissen glaubte, dann ist es mit der politischen Organisationsfähigkeit der Alten als Alte nicht weit her. In der Tat sind etwa «graue» Parteien in Deutschland und anderswo nie über eine Existenz als Kuriosität am Rande des Parteiensystems hinausgekommen, auch heute und in Ländern mit einer großen und wachsenden Zahl alter und im Ruhestand befindlicher Menschen. Deren weit überwiegende Mehrheit vertraut ihre Interessen Parteien an, die Junge und Alte gleichermaßen ansprechen. Auch Frauenparteien sind im Übrigen immer gescheitert. Allerdings muss man, wie gesagt, mit Verallgemeinerungen und Vorhersagen vorsichtig sein. Dies zeigt gerade der Fall der Bauern, denen es im 20. Jahrhundert Marx zum Trotz in einigen Ländern gelang, Bauernparteien zu organisieren, die ihnen teilweise erheblichen politischen Einfluss verschafften.

Darüber, ob und wie sich alte und junge Menschen in ihrem politischen Verhalten unterscheiden, gibt es seit längerem eine etablierte Literatur, in der bis vor einigen Jahren im Großen und Ganzen Einigkeit herrschte. «Die Wahlstimmen Älterer», so Robert Binstock für die Vereinigten Staaten, «verteilen sich generell entlang denselben parteibezogenen, wirtschaftlichen, sozialen, geschlechtsspezifischen und anderen Linien wie die der Wählerschaft im Ganzen. So haben beispielsweise die verschiedenen Kohorten älterer amerikanischer Bürger in den letzten fünfzig Jahren ihre Stimmen an Präsidentschaftskandidaten ungefähr in den gleichen Anteilen wie andere Altersgruppen verliehen; Wählerbefragungen finden tief gehende Differenzen innerhalb von Altersgruppen und nur sehr kleine Unterschiede zwischen ihnen.»[7]

Alter als solches erschien der Forschung nur am Rande bedeutsam und war, wenn überhaupt, nur ein die Wahlentscheidung beeinflussendes soziales Merkmal unter anderen. Herkunft, Religion, Geschlecht, Beruf, Region waren mindestens ebenso wichtig oder wichtiger und wirkten sich bei Älteren auf dieselbe Weise aus wie bei Jüngeren:

«Ältere Menschen ähneln jungen Menschen und Menschen mittleren Alters in ihren politischen Einstellungen, ihren Parteibindungen und ihrem Verhalten. Es gibt mehr Differenzen innerhalb von Altersgruppen als zwischen ihnen. Wenn Unterschiede zwischen Altersgruppen dennoch in Erscheinung treten, spiegeln sie in der Regel gemeinsame Eigenschaften und Interessen wider, die sich während des Älterwerdens im Lebensverlauf entwickelt haben; oder sie können aus den historischen Umständen herrühren, die eine bestimmte Alterskohorte beeinflusst haben; oder sie ergeben sich aus sozialen Entwicklungen und Ereignissen, die alle Menschen in bestimmten historischen Zeitabschnitten betreffen.»[8]

Wo Unterschiede zu beobachten waren, ging es der Literatur im Wesentlichen um die Frage, ob sie auf Alters- oder Generationeneffekte zurückzuführen waren. Alterseffekte sind Folgen des Älterwerdens; so könnten Menschen mit dem Alter konservativer, ungeselliger oder egoistischer werden. Generationen- oder Kohorteneffekte dagegen gehen auf in der Vergangenheit empfangene Prägungen einer etwa gleichaltrigen Gruppe durch bestimmte historische Ereignisse und daran anknüpfende gemeinsame Erfahrungen zurück, die für das gesamte weitere Leben der Gruppe bis in das Alter hinein bestimmend bleiben. In diesem Sinne spricht man etwa von der «Flakhelfergeneration» und meint damit die Kohorte der Männer, die am Ende des Zweiten Weltkriegs zwischen 15 und 20 Jahre alt waren.

Zur Illustration des Unterschieds zwischen Alters- und Generationeneffekten mag das folgende Beispiel dienen. Dass alte Frauen anders als junge häufig Dauerwellen tragen, könnte daran liegen, dass alte Frauen immer und zu allen Zeiten Dauerwellen getragen haben; dann handelte es sich um einen Alterseffekt, und zu erwarten wäre, dass die jungen Frauen, die heute ohne Dauerwelle daherkommen, im Alter ihre Frisur wechseln werden. Wenn es sich dagegen um einen Generationeneffekt handelte, dann wäre der Unterschied zwischen Alt und Jung darauf zurückzuführen, dass zu der Zeit, als die heute über 70-jährigen Frauen erwachsen wurden, junge Frauen Dauerwellen trugen – und daran dann für ihr weiteres Leben festgehalten hätten. In diesem Fall stünde zu erwarten, dass die jüngeren Frauen von heute auch im Alter ihre heutige Haarmode beibehalten und deshalb auf Dauerwellen verzichten werden.

Was die Forschung über das politische Verhalten Älterer angeht, so

wurde bisher Generationeneffekten im Vergleich zu Alterseffekten die größere Bedeutung zugemessen:

«Die Verteilung von Parteibindungen innerhalb einer Kohorte von jungen Erwachsenen bleibt zumeist bestehen, wenn diese Kohorte in ein höheres Alter vorrückt. Die historischen Umstände zu der Zeit, wenn eine Kohorte zum ersten Mal das Wahlalter erreicht, bestimmen gemeinsam mit den Parteipräferenzen, die von den Eltern übernommen werden, die Verteilung der Kohorte auf die Parteien.»[9]

Beispielsweise spricht die amerikanische Wahlforschung von der New-Deal-Generation, also jenen Personen, die in den dreißiger Jahren zur Zeit der Reformpolitik von Franklin D. Roosevelt erwachsen wurden und die dann bis zum Ende ihres Lebens mehrheitlich zur Demokratischen Partei neigten. Ganz ähnlich lässt sich in Deutschland beobachten, dass die Generation, die zum ersten Mal Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre zur Wahl ging – gewissermaßen die «Willy-Brandt-Generation» –, auch heute noch in größerer Zahl SPD wählt als andere Altersgruppen, die damals entweder zu jung oder schon zu alt und in ihren politischen Präferenzen schon gefestigter waren.

Auch dass ältere Menschen meist intensivere Parteibindungen aufweisen und häufiger zur Wahl gehen als jüngere, wird in der Politikforschung überwiegend nicht mit Alters-, sondern mit Generationeneffekten erklärt. So ist in den USA zu beobachten, dass die in der unmittelbaren Nachkriegszeit geborenen «Babyboomer» sich weniger stark mit bestimmten politischen Parteien identifizieren als die New-Deal- und Kriegsgeneration und die nachfolgenden Generationen noch weniger. Dass die Wahlbeteiligung bei älteren Menschen in allen Ländern überdurchschnittlich hoch ist, könnte allerdings auch daran liegen, dass Menschen sich mit den Jahren zunehmend mit ihrer Rolle und ihren Pflichten als Bürger identifizieren. In den USA könnte hinzukommen, dass Ältere einfach länger Zeit hatten, sich in die Wählerlisten einzutragen. In diesem Fall läge ein Alters- oder Lebenslaufeffekt vor. Die herrschende Meinung hat freilich auch hier bisher eher einen Generationeneffekt vermutet. So führt Binstock an, dass in den USA die Wahlbeteiligung älterer Menschen von 1972 bis 1996 um 6,5 Prozent gestiegen ist, während sie in allen anderen Altersgruppen zurückging (um nicht weniger als 37,4 Prozent für die 18- bis 24-Jährigen!) – ein Wandel, der nur als Folge des Durchmarsches verschieden geprägter Geburtsjahrgänge durch die Altersgruppen erklärt werden könne.[10]

Wäre auf all das Verlass, dann könnte der wissenschaftliche Befund zur Wahrscheinlichkeit einer auf das allgemeine Wahlrecht gegründeten Rentiers-Gerontokratie beruhigender nicht sein, und die lange herrschende Lehre der Politikwissenschaft behielte ihre Geltung: «‹Ältere Menschen›» wären, in den Worten von Heclo, auch weiterhin nicht mehr als «eine von Politikanalytikern, Rentenverwaltern und mechanischen Modellen von Interessengruppenpolitik künstlich geschaffene Kategorie».[11] Mit dem Aussterben der politisch geprägten Kohorten der Kriegs- und Nachkriegsjahre stünde im Übrigen zu erwarten, dass die Organisationsfähigkeit der Alten nicht steigen, sondern im Gegenteil sinken würde. Auch die Wahlbeteiligung nähme ab, wobei die Stimmabgabe weiterhin von den üblichen Einflüssen wie sozialer Herkunft, Religion usw. abhinge. Allerdings sind, wie gesagt, in den Sozialwissenschaften Vorhersagen über längere Zeitabschnitte hinweg immer gewagt. Wie Wähler sich verhalten, kann sich als Folge unvorhergesehener Ereignisse und Entwicklungen auf unvorhersehbare Weise ändern: Wähler können apathischer oder aktivistischer werden, ihr Interessenbewusstsein kann zu- oder abnehmen, und ihre Parteibindung kann schwinden oder wachsen, bei einzelnen Gruppen ebenso wie bei der Wählerschaft insgesamt. Tatsächlich scheinen, so ein Teil der aktuellen Forschung, gerade im politischen Verhalten Älterer derzeit neue Tendenzen wirksam zu sein, die den Ausblick auf die Politik alternder Gesellschaften entscheidend ändern könnten.

Neue Bedingungen, neue Interessen – neue Konflikte?

Die Politik demokratisch gewählter Regierungen folgt den Präferenzen ihrer Wähler. Aber wie so oft in der sozialen Welt lässt sich diese Kausalbeziehung auch umkehren: Staatliche Politik kann die Struktur einer Gesellschaft so verändern, dass aus ihr veränderte oder ganz neue Interessen in den politischen Prozess hineinwachsen. Auch hier sind die Folgen nicht leicht vorherzusehen. Margaret Thatcher privatisierte die kommunalen Wohnungsbaugenossenschaften und schuf so eine Gesellschaft von Haus- und Wohnungseigentümern, die mit dem Sozialismus der Labour Party nichts mehr anfangen konnte, ebenso wenig aber mit der monetaristischen Hochzinspolitik der konservativen Regierung.

Die Wirkungen einer Politik kommen zu den Bedingungen ihrer Fort-

setzung oder Beendigung hinzu. Deshalb unterliegt der Rückbau des Wohlfahrtsstaats anderen Gesetzen als sein Aufbau. Der Widerstand, den er überwinden muss, ist nicht nur der seiner ursprünglichen Unterstützer, sondern auch der seiner späteren Klientel. Die Alten und ihre Interessengruppen hatten, Binstock zufolge, «nur wenig mit Aufbau und Weiterentwicklung des öffentlichen Rentensystems zu tun. Die maßgeblichen politischen Entscheidungen gingen überwiegend auf die Initiative von Politikern und Beamten zurück, die mit ihnen ihre eigenen Absichten verfolgten.»[12]

Über lange Zeit war die Macht der Interessenorganisationen alter Menschen im besten Falle defensiver Natur – und trotzdem nicht stark genug, um «Reformen zu verhindern, die mit den Interessen einer zu Unrecht als einheitlich vorgestellten Gruppe der ‹Alten› unvereinbar schienen».[13] Dies aber scheint sich in den letzten Jahren geändert zu haben. Heute wird für möglich gehalten, dass «Regierungsinitiativen, die zum Ziel haben, Anspruchsberechtigungen älterer Bürger zu kürzen, zu einem starken Gruppenbewusstsein und ausgeprägtem politischem Zusammenhalt sowohl bei den Alten als auch bei den Jungen führen und einen politischen Konflikt zwischen den Generationen erzeugen könnten, wie man ihn bis zum heutigen Tag noch nicht gesehen hat».[14]

Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten der amerikanischen Politikwissenschaftlerin Andrea Louise Campbell.[15] Campbell zeigt am Beispiel des Rentensystems der USA, dass sozialpolitische Programme die Gesellschaft so verändern können, dass sie sich dadurch selbst politisch verewigen. «Social Security», wie die staatliche Rente in den USA heißt, verschafft ihren Empfängern genug Zeit und Geld für wirksame politische Mobilisierung. Zusätzlich zu dem ohnehin schon vergleichsweise ausgeprägten politischen Interesse der heutigen, in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aufgewachsenen Rentnergeneration sorgt ihre mittlerweile eingelebte materielle Abhängigkeit von staatlichen Leistungen für ein hohes Maß an politischer Aufmerksamkeit und ein ausgeprägtes kollektives Interessenbewusstsein. In der Tat, so Campbell, sind die Rentner in den USA die einzige Gruppe mit niedrigem Einkommen, die zugleich stark politisch engagiert ist – durch Stimmabgabe bei Wahlen ebenso wie durch Kontakte mit örtlichen Kongressabgeordneten. Dabei sind, wie Umfragen zeigen, die Unterstützung des staatlichen Rentensystems und die Ablehnung von Kürzungen einhellig und unabhängig vom Einkommen. Rentner beobachten Rentenpolitik auf

das Genaueste, und sie haben an der Legitimität ihrer Ansprüche keinerlei Zweifel. Campbell fasst zusammen:

«In ihrer Frühzeit expandierte die Sozialversicherung auf Betreiben der zuständigen Behörde. In dem Maße, wie der Ausbau der Programme die Fähigkeit der Älteren zu politischer Beteiligung verbesserte, begannen diese selber, Druck für weitere Expansion auszuüben. Als dann Rentenversicherung und Gesundheitsprogramme wie Medicare in den achtziger Jahren bedroht waren, hatte die Partizipationsfähigkeit der Älteren, zum großen Teil dank ebendieser Programme, so stark zugenommen, dass sie die Bedrohung zurückschlagen konnten. Wichtig war, dass die Programme so gestaltet waren, dass ihre Klienten bei ihrer Verteidigung keine moralischen Bedenken haben mussten. Dass das Rentensystem sowohl universell als auch beitragsfinanziert ist, ist für das individuelle Gefühl der Älteren, auf die ihnen gewährten Leistungen einen Anspruch zu haben, von erheblicher Bedeutung. In den Worten einer befragten Rentnerin: ‹Wir haben diese Programme unterstützt, wir haben für sie bezahlt, und nun ist es an der Zeit, dass wir etwas dafür zurückbekommen.›»[16]

Die Folge, so Campbell, ist ein «überproportionaler Einfluss der Alten auf Parteipolitik und staatliche Entscheidungen». Insbesondere das Rentensystem gelte unter Politikern längst als *«the third rail of American politics: Touch it and you're dead.»*[17] Campbell verweist auf das neuartige verteilungspolitische Problem «sinkender Armut von Älteren bei wachsender Armut von Kindern», das umso bemerkenswerter sei, als «es heute immer weniger Kinder und immer mehr Ältere gibt». Auch andere Autoren argumentieren mittlerweile, dass die nach wie vor bestehenden Interessenunterschiede *innerhalb* der Generationen «den intergenerationalen Konflikt über die Steuer- und Ausgabenpolitik des Staates nur verwischen, ihn aber nicht austilgen können».[18]

Ob und in welchem Interesse freilich die Alten von ihrer gewachsenen Mobilisierbarkeit Gebrauch machen und machen werden, lässt sich nicht mit Sicherheit vorhersagen. Aufschlussreich ist hier eine vor ein paar Jahren in amerikanischen Fachzeitschriften ausgetragene Kontroverse über das Abstimmungsverhalten alter Menschen bei örtlichen Referenden zur Grundsteuer. In zahlreichen Staaten der USA werden die Schulen durch kommunale Grundsteuern finanziert. Oft wird über die Höhe der Steuersätze von Gemeinde zu Gemeinde durch Referendum entschieden. Für alte Menschen, deren Einkommen zu einem guten Teil

darin besteht, dass sie in ihren abgezahlten Eigenheimen wohnen, bildet die Grundsteuer oft einen erheblichen Teil ihrer Ausgaben. Da alte Menschen keine Kinder mehr zu versorgen haben und ihre Enkel oft anderswo wohnen und zur Schule gehen, könnte es, wenn sie sich strikt an ihrem Eigeninteresse orientierten, für sie naheliegen, gegen hohe Grundsteuern und damit gegen Bildungsausgaben zugunsten der übernächsten Generation zu stimmen.

Genau dieses Verhalten scheinen verschiedene Studien zu finden. Ein Beispiel ist die Untersuchung von J. W. Button über Volksabstimmungen zur Finanzierung kommunaler Bildungsausgaben im US-Staat Florida, wo besonders viele alte Menschen wohnen. Wie zu erwarten, erweist sich die Wahlbeteiligung der Älteren im Vergleich zu den Jüngeren als hoch. Zugleich findet die Studie eine besonders starke Ablehnung von Anleihen und Steuererhöhungen für Schulen in Wahlbezirken, in denen viele Alte wohnen und zur Wahl gehen. Hierin werde, so Button, ein Generationenkonflikt sichtbar, bei dem eine wachsende Anzahl Älterer in relativ guten wirtschaftlichen Verhältnissen einer jüngeren Generation mit einem relativ großen Armutsrisiko gegenüberstehe.[19] Allerdings zeigt sich auch, dass die Wahrscheinlichkeit einer Ablehnung von Bildungsausgaben mit höherem Wohlstand abnimmt. Auch stimmen Frauen eher für Bildungsausgaben als Männer und Schwarze eher als Weiße. Vergleiche mit Studien aus den sechziger und siebziger Jahren scheinen darüber hinaus zu belegen, dass das Abstimmungsverhalten auch vom Bildungsniveau[20], vom sozialen Status (je höher der Status, desto mehr *public regardingness*[21]) und von den allgemeinen politischen Zeitumständen[22] abhängig ist.

In anderen Worten, selbst in den Vereinigten Staaten, wo die rationale Verfolgung materieller Interessen geradezu als ontologische Wesensbestimmung menschlichen Handelns gilt, steht nicht von vornherein fest, dass ältere Bürger die Zustimmung zu Steuererhöhungen zugunsten besserer Schulen verweigern. Zahlreiche unterschiedliche Einflüsse sind am Werk und eröffnen Spielraum für politische Mobilisierung. Dass Menschen mit dem Alter egoistischer – zu *greedy geezers*[23] – werden und aufhören, sich für die Welt nach ihrem Tod mitverantwortlich zu fühlen, ist eine Verallgemeinerung ohne empirische Grundlage. Alte wie junge Menschen sind eingebettet in die moralische Ökonomie der Gesellschaft und haben teil an dem von ihr geregelten sozialen Austausch.[24] Was sie dabei für ihre Interessen halten wollen und was nicht, wird auch von den in

ihrer Gesellschaft vorherrschenden moralischen Vorstellungen beeinflusst. So verweist Martin Kohli mit Recht auf die umfangreichen materiellen Transfers von der alten Generation auf die der Kinder und Enkel.[25] Bei ihnen spielt, neben der Anerkennung von moralischen Verpflichtungen, zweifellos auch das Interesse eine Rolle, die Beziehungen zur Familie nicht abreißen zu lassen – von den Kindern und Enkeln besucht und geschätzt zu werden. Dies aber ist gerade kein materielles Interesse, sondern eines an sozialer Integration und sozialem Prestige. Und dass, wie Kohli beobachtet, die Alten ihre materielle Unterstützung der Jungen häufig davon abhängig machen, dass diese ihr Verhalten nach bestimmten gesellschaftlichen Normen ausrichten, kann als Ausdruck eines aktiven, über die eigene Lebenserwartung hinausreichenden moralischen Zukunftsinteresses verstanden werden. Wie einseitig das Klischee von den «geizigen Alten» in Wirklichkeit ist, zeigt sich im Übrigen auch daran, dass einer der wichtigsten Gründe gegen eine Erleichterung der Sterbehilfe bekanntlich die Gefahr ist, dass alte Menschen sich zu einer vorzeitigen Beendigung ihres Lebens überreden lassen könnten, um ihren Kindern und Enkeln die Kosten von Krankheit und Pflege zu ersparen.

Verbände und Parteien: Herrschaft der Alten?

Vor allem in Europa findet politische Beteiligung nicht nur durch Teilnahme an Wahlen statt, sondern auch durch Mitgliedschaft in Interessenverbänden und politischen Parteien. Hier lässt sich eine weitere Ausprägung des Wandels der Politik in alternden Gesellschaften beobachten, deren Auswirkungen ebenfalls alles andere als festgelegt erscheinen. Bekanntlich werden die Mitglieder insbesondere von Gewerkschaften und Parteien in den reichen postindustriellen Gesellschaften rapide älter. Da dieser Prozess noch schneller verläuft als die Alterung der Gesellschaft insgesamt, kann er nicht allein durch die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung erklärt werden. Zusätzlich scheint ein Generationeneffekt im Spiel zu sein: Das Durchschnittsalter der organisierten Aktivbürgerschaft und der Anteil Älterer an ihr nehmen auch deshalb zu, weil die wachsende Zahl der alten Mitglieder an ihrer Mitgliedschaft festhält, während in der schrumpfenden Gruppe der Jüngeren die Bereitschaft zum Beitritt zurückgeht. Die geläufige Erklärung ist, dass die heute lebende jüngere Generation sich über begrenzte «Projekte» hinaus nicht

langfristig binden will, während die Älteren eine vergangene Ära repräsentieren, in der Menschen ihre soziale Identität auch dadurch definierten, dass sie politischen Organisationen beitraten und ihnen auf Dauer die Treue hielten.[26]

Die überall stattfindende Alterung der Mitgliedschaft der politischen Großorganisationen soll am deutschen Beispiel illustriert werden. 1970 lag in der damaligen westdeutschen Bundesrepublik der gewerkschaftliche Organisationsgrad von Arbeitnehmern unter 25 Jahre bei 20,4 Prozent. Drei Jahrzehnte später, im Jahr 2000, hatte er sich (in Gesamtdeutschland) auf 10,2 Prozent halbiert. Der Anteil derselben Altersgruppe an der Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder fiel im gleichen Zeitraum von 14,1 auf 5,3 Prozent, also auf ungefähr ein Drittel. Zugleich stieg der Anteil der Rentner an der Gewerkschaftsmitgliedschaft von 15,1 auf 19,0 Prozent, das heißt auf ein knappes Fünftel.[27] Dies, obwohl einige der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften in dem fraglichen Zeitraum dazu übergingen, die Mitgliedschaft von aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen Mitgliedern nicht mehr zu fördern.

Bei den Einzelgewerkschaften lässt sich der Wandel der Altersstruktur noch genauer verfolgen. In der Altersgruppe von 40 bis 47 Jahren hat die IG Metall derzeit pro Geburtsjahr mehr als 55 000 im Arbeitsleben stehende Mitglieder; bei den 55- bis 58-Jährigen sind es, trotz der langjährigen Politik der Frühverrentung, noch über 40 000. Bei den 20- bis 30-Jährigen dagegen liegt die Mitgliederzahl pro Geburtsjahr nur bei etwa 18 000 bis 20 000. Damit ist ein kombinierter Alterungs- und Schrumpfungsprozess von bisher unbekannter Art und Größenordnung absehbar. Wenn ab 2010 die am stärksten vertretenen Jahrgänge aus dem Betrieb ausscheiden, wird *ceteris paribus* zugleich die Gesamtzahl der Mitglieder abnehmen und der Rentneranteil weiter wachsen. Soll die Mitgliederzahl *nicht* zurückgehen, so müssten nicht nur aktive Austritte und Streichungen, sondern auch jährlich etwa 25 000 Sterbefälle durch Neuaufnahmen kompensiert werden.[28]

Noch dramatischer ist die demografische Lage der politischen Parteien (Tabelle 1). Im Jahr 1990 waren 29,2 Prozent der CDU-Mitglieder älter als sechzig Jahre; 14 Jahre später waren es 46,2 Prozent. Bei der SPD verlief der Prozess fast genauso: Der Anteil der über 60-Jährigen stieg von 24,6 auf 42,7 Prozent. Besonders bemerkenswert erscheint, dass der Anteil der unter 30-Jährigen, der 2004 bei beiden großen Parteien wie auch bei der CSU nur noch bei etwa 5 Prozent lag, schon 1990

so gering war, dass er kaum mehr fallen konnte. Der Zuwachs bei den Älteren erscheint damit bei allen Parteien als Folge des Durchmarsches einer bestimmten, am unteren Ende der Altersverteilung nicht mehr durch neue Mitglieder ersetzten Alterskohorte – der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1960 – durch den Altersaufbau.

	CDU			SPD			CSU		
	–29	30–59	60+	–29	30–59	60+	–29	30–59	60+
1990	6,6	63,7	29,2	10,2	65,2	24,6	7,0	67,2	25,8
2004	5,5	48,0	46,2	4,8	52,5	42,7	5,7	53,2	41,1

Tabelle 1: Parteimitgliedschaft nach Alter[29]

Was bedeutet die Überalterung beziehungsweise Unterjüngung der großen politischen Mitgliederorganisationen für deren Politik und damit – womöglich – für die Politik der alternden Gesellschaft? Auch hier lassen sich Schreckensszenarien ausdenken, in denen eine Mehrheit von Alten, die aus der aktiven Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft ausgeschieden sind, rücksichtslos ihre nur noch kurzfristigen Eigeninteressen gegen das Gesamtinteresse an Wohlstand und Wachstum durchsetzt. Tatsächlich aber muss das Bild wohl komplexer ausfallen. Eine Vorschau bieten die schon heute beobachtbaren Probleme der Gewerkschaften im Umgang mit der wachsenden Zahl ihrer Mitglieder, die nicht mehr im Arbeitsleben stehen. Der Tradition der Gewerkschaften sowohl als Versorgungskassen wie auch als soziale Bewegungen entspricht, dass ihre Mitglieder auch nach Eintritt in den Ruhestand ihre Mitgliedschaft nicht aufgeben. Schon in den siebziger Jahren wurde dies jedoch auch als Belastung empfunden, da Rentnermitglieder Kosten verursachen, die durch ihre niedrigen Beiträge nicht gedeckt werden. Versuche, die Rentner aus den Organisationen hinauszukomplimentieren, endeten jedoch sehr bald – nicht nur aus «sentimentalen» Gründen und wegen des Widerstands der Betroffenen, sondern auch weil die Gewerkschaften die Vertretung der Interessen von Arbeitnehmern im Ruhestand nicht anderen Verbänden überlassen wollten, von denen sie befürchteten, dass sie Interessenkonflikte zwischen Rentnern und Aktiven betonen statt überbrücken würden.

Mit der Zeit kamen neue Gesichtspunkte hinzu. Je weiter die Zahl der

jüngeren Mitglieder zurückging, desto wertvoller wurde die freiwillige Mitarbeit der nicht mehr berufstätigen, gewerkschaftlich aber noch aktiven älteren Mitglieder, etwa bei der Verteilung von Flugblättern oder der Organisation von Streikposten. Rentner, die von ihrem gewerkschaftlichen Engagement nicht lassen wollen, gibt es mit dem beginnenden Ausscheiden der politisierten Generation der sechziger und siebziger Jahre aus dem Arbeitsleben genug. Neben hoher Motivation haben sie vor allem viel freie Zeit. Allerdings bringen einige von ihnen neben ihrer unentgeltlichen Arbeit auch radikale politische Überzeugungen in die Gewerkschaft ein, die manchen heute verantwortlichen Funktionären unzeitgemäß und, etwa bei der Mitgliederwerbung, sogar hinderlich vorkommen. Zunehmend problematisch erscheinen auch die speziellen wirtschaftlichen Interessen der Ruheständler. Solange die Rentenformel die Renten an die Reallöhne koppelt, sind die nicht mehr betriebstätigen ebenso wie die betriebstätigen Mitglieder an hohen Lohnsteigerungen interessiert.[30] Anders ist dies jedoch bei den Beiträgen zur Rentenversicherung: Während die Rentner Beitragserhöhungen zum Zweck der Sicherung des Rentenniveaus für einen selbstverständlichen Teil des Generationenvertrags halten, ist dies bei den immer stärker belasteten Aktiven nicht von vornherein zu erwarten. Sobald die Rentner in der Gewerkschaft mehr sind als nur eine Randgruppe, muss sich deshalb für die Führung die Frage stellen, wie lange und um welchen Preis es ihr gelingen kann, den hier möglichen internen Konflikt so wirksam einzudämmen, dass sie weiterhin beide Gruppen gleichzeitig zu vertreten vermag.[31]

Vor allem deshalb wird heute in allen europäischen Gewerkschaften über Statutenänderungen nachgedacht, mit denen der Einfluss der Rentnermitglieder auf die Gewerkschaftspolitik begrenzt werden soll, ohne dass die nicht mehr im Betrieb tätigen Mitglieder zum Ausscheiden veranlasst und zur Klientel möglicherweise gewerkschaftsfeindlicher Altenorganisationen werden. Dabei geht es vor allem um Einschränkungen des Stimmrechts bei Versammlungen sowie des passiven Wahlrechts. Dem entgegen steht die Tradition der Gewerkschaften als soziale Bewegungen ebenso wie die Apathie der jüngeren Mitgliedergeneration, die die Gewerkschaften tendenziell von der fortgesetzten freiwilligen Mitarbeit der Rentner abhängig macht. Von einer Herrschaft der Rentner in den Gewerkschaften kann man allerdings dennoch nicht sprechen, eher von strategischen Manövern der Gewerkschaftsleitungen gegenüber einer

Mitgliedergruppe, deren Unterstützung man gut gebrauchen kann, ohne dass man ihr dafür allzu viel Mitsprache zugestehen will.

Wie dieses Spiel ausgeht, steht dahin – sicher ist nur, dass mit zahlreichen und überraschenden lokalen Varianten gerechnet werden muss. Die wenigen Präzedenzfälle überalterter Gewerkschaften lassen die Vielfalt möglicher Ausprägungen erahnen. Zu ihnen gehört die damalige IG Bergbau und Energie (IGBE), die infolge des wirtschaftlichen Strukturwandels schon in den sechziger Jahren mehr Rentner- als aktive Mitglieder hatte. Die IGBE verfügte über zwei Organisationszüge, einen betrieblichen und einen örtlichen. Die Führung der Gewerkschaft, die streng antikommunistisch orientiert war, vermutete in den Betrieben noch immer Überreste einer in der unmittelbaren Nachkriegsphase entstandenen und damals einflussreichen kommunistischen Zellenorganisation. Um deren Einfluss einzudämmen, verlagerte sie die politische Diskussion in die Ortsverbände. Diese wurden, anders als die Betriebsgruppen, von der Überzahl der Rentner dominiert. Aus den Betriebsgruppen kommende, als radikal angesehene Forderungen – ob tatsächlich kommunistisch inspiriert oder nicht, kann dahingestellt bleiben – wurden in den Ortsgruppen regelmäßig abgelehnt. Dabei sicherte sich die Führung die Loyalität der Rentnermitglieder, indem sie Gefahren für die vom Staat subventionierte, besonders gut ausgestattete Rentenversicherung des Bergbaus, die «Knappschaft», heraufbeschwor.

Zwei Aspekte des Falls erscheinen besonders aufschlussreich. Während heute Gewerkschaftsführer manchmal die Befürchtung hegen, dass ihre Rentnermitglieder zu billigem, weil risikofreiem Radikalismus neigen könnten, unterstützte die Rentnermehrheit der IGBE eine streng konservative Politik und ließ sich willig für die Eindämmung radikaler Strömungen in Dienst stellen. Und während heute von der Gefahr einer Herrschaft der Alten über die Jungen die Rede ist, wurden bei der IGBE die Rentner, anstatt selbst die Führung zu übernehmen, von dieser als strategische Reservearmee eingesetzt. Beides zeigt, dass die Folgen der Überalterung politischer Mitgliederorganisationen je nach den Umständen des Einzelfalls weit differieren können.

Dies gilt auch für die politischen Parteien. Zu erwarten steht, dass in einer alternden Gesellschaft auch die gewählten politischen Repräsentanten älter werden. In Deutschland gab es seit dem Ende der Adenauer-Ära, auch als Reflex auf die damals verbreitete Kennedy-Begeisterung, einen mehr oder weniger ausgesprochenen Konsens, dass es ein Zeichen

von Fortschrittlichkeit sei, wenn nur noch Politiker in jungen Jahren in Regierungsämter gelangen. Spätestens mit dem Ende der Frühverrentung und dem Anstieg des Rentenalters sollte dies zu Ende gehen, und 65-Jährige sollten, wie in anderen europäischen Ländern, gute Chancen haben, auch gegen 40-Jährige Wahlen zu gewinnen.[32] Mit einer politischen Machtübernahme der Alten *vermittels ihrer Kontrolle über das Parteiensystem* hat dies jedoch nichts zu tun. Anders als Gewerkschaften und andere Interessenverbände unterliegen politische Parteien regelmäßiger Disziplinierung durch allgemeine Wahlen. Gerade wenn, wie heute überall, die Parteibindungen großer Wählergruppen schwächer werden, können Parteien es sich immer weniger leisten, nach innen auf ihre Mitglieder statt nach außen auf die Wähler zu hören – egal, wie sich ihre Mitgliedschaft zusammensetzt. Dass sich keine große Partei heute offen gegen die Interessen der Rentner stellt, hat mit der Struktur der Wählerschaft und nicht mit der Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft zu tun.

Tatsächlich ist die Überalterung der Parteimitglieder, die noch schneller verläuft als die der Bevölkerung, wohl vor allem darauf zurückzuführen, dass der gefühlte und vermutlich auch tatsächliche Einfluss der Mitglieder auf die Politik der Parteiführungen seit langem zurückgeht. Zwar dominieren die Älteren das Innenleben der politischen Parteien, und in Zukunft gewiss noch mehr als heute. Aber gleichzeitig lernen die Parteiapparate immer besser, ihre Politik von Mitgliedschaft und Mitgliedschaftsmotiven abzukoppeln, auch indem sie sich bei Wahlkämpfen auf gekaufte Dienstleistungen statt auf freiwillige Beteiligung der Parteibasis stützen. (Ein nur mit Greisinnen und Greisen besetzter Informationsstand schreckt wichtige Wählergruppen ab, und die alternde Mitgliedschaft wird sehr bald ohnehin zu gebrechlich sein, um Plakate zu kleben.) Je weiter in der plebiszitären Mediendemokratie die «Amerikanisierung» der Wahlkämpfe und der Parteiapparate fortschreitet, desto weniger kommt es darauf an, wer sich noch als Parteimitglied einschreibt und betätigt. Die gealterten Mitglieder der «civic generation»[33] dürften bis zum Ende ihres Lebens den Organisationen treu bleiben, über die sie einst, als sie jung waren, ihre politische Identität definiert haben, und da ihnen niemand mehr nachfolgt, bleiben sie unter sich. Macht gibt ihnen dies aber nicht; im Gegenteil dürfte die Überalterung der Mitgliedschaft ihre politische Irrelevanz endgültig besiegeln. Mit dem Aussterben eines gealterten und nicht mehr erneuerten Mitgliederbestandes endet dann

eine Epoche, in der soziale Integration noch durch politische Organisierung stattfand und möglich war. Mit ihr würde eine Parteiendemokratie zu Ende gehen, die nicht nur auf Wahlen gegründet war, sondern auch auf organisatorische Partizipation.

Die Vielfalt der Möglichkeiten und die Stunde der Politik

Was also kann der Sozialwissenschaftler mit der skeptischen Zurückhaltung, die ihm wegen der Natur seines Gegenstandes geboten ist, über die Wahrscheinlichkeit einer Ablösung des wohlfahrtsstaatlichen Generationenvertrags durch einen gesellschaftsspaltenden Generationenkonflikt sagen? Soziale Entwicklungen, wie der Wandel der Altersstruktur, finden in jeweils spezifischen historischen Kontexten statt, die sich stark genug unterscheiden, um universelle Voraussagen entweder unmöglich oder trivial zu machen. Selbst wo einheitliche Ursachen am Werk sind, können ihre Wirkungen von den unterschiedlichen Randbedingungen so verschieden ausgeformt werden, dass ihre Verschiedenheiten ebenso wichtig sind wie ihre Gemeinsamkeiten. Auch die Randbedingungen selbst können sich mit der Zeit verändern. Gewerkschaften und Parteien mögen zur Domäne einer gealterten und weiter alternden Generation werden, aber zugleich kann, auch aus diesem Grund, ihre Bedeutung zurückgehen, bis das Aussterben ihrer letzten Mitglieder politisch keinen Unterschied mehr macht.

Die Komplexität der sozialen Welt und die Besonderheiten menschlichen Handelns als Ursache sozialer Wirkungen machen es unmöglich, zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen mit Hilfe deterministischer Kausalmodelle aus gegenwärtig beobachtetem Sachverhalten abzuleiten. Veränderte demografische Strukturen lassen sich nicht einfach in neue politische Mehrheiten umrechnen.[34] Politisches Handeln unterliegt so vielen Einflüssen, dass es gegen das Diktat jedes einzelnen Einflusses geschützt ist und seinen eigenen Gesetzen folgen kann. Wie sich die Eigengesetzlichkeit der Politik auswirkt, unterscheidet sich von Fall zu Fall. Stets können neue Einflussfaktoren wirksam werden – wie etwa ein demografisch gewichtiger werdendes Interesse an einem redistributiven Wohlfahrtsstaat. Doch immer geschieht dies innerhalb eines bereits vorhandenen komplexen Faktorengeflechts. In der sozialen Welt als einer historischen Welt sind unerwartete Veränderungen die Regel, radikale

Veränderungen aber selten. Das Neue muss sich neben dem Alten und in ihm durch- und festsetzen. Wenn es erscheint, verschwindet das Alte nicht, und was man bis dahin über die Welt gewusst hat, wird nicht völlig wertlos, sondern wird lediglich modifiziert, wenn auch mitunter gründlich.

Die Politik der gealterten Gesellschaft wird deshalb nicht radikal anders sein als die Politik von heute. Dennoch wird sie ihre eigenen Züge tragen, mit denen sie den Beobachter überraschen wird. Die «neue Politik des Wohlfahrtsstaats» – die seiner Begrenzung und Zurückschneidung[35] – findet statt in einem Kontext zunehmend volatilen Wählerverhaltens, aber auch erhöhter Mobilisierbarkeit und verbesserter Mobilisierungsbedingungen einer gewachsenen Klientel der immer schwieriger zu finanzierenden öffentlichen Rentenversicherungssysteme. Rentnerparteien sind daraus bisher nirgendwo entstanden, auch weil die – kleiner werdenden – großen Volksparteien alles tun, um Leistungskürzungen zeitlich und sachlich so zu planen, dass sie möglichst wenige Rentner an den politischen Gegner verlieren. Insofern gehört Rentenpolitik längst zu den wahlstrategisch wichtigsten Themen. Mit dem Interessenbewusstsein der Rentenempfänger scheint deren Bereitschaft zugenommen zu haben, auch jahrzehntelang gewählten Parteien die Unterstützung zu entziehen, wenn sie tiefe Einschnitte in bestehende Ansprüche befürworten. Bei knappen Mehrheiten und schwachen Parteibindungen kann dies wahlentscheidend sein oder den Parteien so erscheinen, auch wenn andere Themen wie Krieg und Frieden, Kündigungsschutz, Familienförderung, Kernenergie usw. alles andere als bedeutungslos geworden sind, auch für die nicht mehr im Erwerbsleben stehenden Alten.

Wie groß ist nun die Gefahr, dass es über der fälligen Neufassung des Generationenvertrags zu einer Polarisierung zwischen Jung und Alt kommt? Wie wirklichkeitsnah ist die Möglichkeit einer demografisch zementierten Herrschaft von Versorgungsansprüchen über Zukunftsinteressen? Alles, was die Politikwissenschaft hier zu bieten hat, sind Listen mehr oder weniger verlässlich konditionierter Möglichkeiten. In vielen Ländern – einschließlich solcher, in denen die Sozialversicherungssysteme mit erheblichen Finanzierungsproblemen zu kämpfen haben – werden hohe Renten und ein niedriges Rentenalter auch von zahlreichen Jungen unterstützt und bei Wahlen mit dem Stimmzettel verteidigt. Nicht nur erscheint ihnen die Aussicht, in Zukunft selbst zu den Begünstigten zu gehören, wichtiger als die gegenwärtige Belastung durch Steuern und

Beiträge. Auch die wirtschaftlichen Vorteile einer Übernahme von familiären Versorgungspflichten durch die Allgemeinheit sowie moralische Überzeugungen dürften hier eine Rolle spielen. Versuche traditioneller Kritiker des Wohlfahrtsstaats, durch Mobilisierung eines gegen die Alten gerichteten Interessenbewusstseins der Jungen den Rückbau desselben zu betreiben, sind bisher immer fehlgeschlagen. Bezeichnend für ihre geringen Erfolgsaussichten ebenso wie für ihre politische Explosivität ist, dass die großen politischen Parteien sich überall davor gehütet haben, sich an ihnen zu beteiligen. Womöglich liegen der Schlüssel zur Politik der alternden Gesellschaft und die Antwort auf die Frage, ob es zu einer politischen Polarisierung zwischen den Generationen kommen wird, weniger bei den Alten als bei den Jungen, die erst noch entscheiden müssen, ob ihnen der Wunsch nach Entlastung der Staatshaushalte vom Defizit der Rentenkassen[36] wichtig genug ist, um von Parteien und Regierungen einschneidende Kürzungen der Versorgungsansprüche gegenwärtiger und künftiger Rentnergenerationen zu verlangen.

Soziale Gruppen entwickeln Interessenbewusstsein nicht in einem Vakuum. Dass das Interessenbewusstsein der Alten zunimmt, kann zur Mobilisierung eines entsprechenden Interessenbewusstseins der Jungen beitragen, ebenso wie umgekehrt öffentliche Auseinandersetzungen über die Notwendigkeit einer neuen «Generationengerechtigkeit» auf Seiten der Alten «schlafende Hunde wecken» könnten. Wie solche interaktiven Mobilisierungsprozesse verlaufen, ist kaum vorherzusagen. Institutionelle Unterschiede der politischen Systeme und der Systeme der sozialen Sicherung dürften dabei eine erhebliche Rolle spielen. Je nach Wahl-, Parteien- und Regierungssystem haben Interessengruppen unterschiedlich große Möglichkeiten, Regierungs- und Oppositionsparteien unter Druck zu setzen. Je größer diese Möglichkeiten, desto wahrscheinlicher werden sich organisierbare Interessen auch tatsächlich organisieren. In Ländern mit einem liberalen Wohlfahrtsstaat, wie der Schweiz oder Großbritannien, der sich anders als der in Mitteleuropa vorherrschende konservative Wohlfahrtsstaat auf eine Grundsicherung im Alter beschränkt und die Erhaltung des Lebensstandards privater Vorsorge überlässt, dürfte das Polarisierungspotential eher gering sein. Dasselbe gilt, je später der Eintritt in das Rentenalter erfolgt.

Institutionelle Bedingungen sind im Übrigen nicht für immer gegeben, sondern sind, in Grenzen, politisch gestaltbar. Kluge Politik kann durch institutionelle Reformen mögliche Verteilungskonflikte im Voraus ent-

schärfen. Die von einigen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der postindustriellen Demokratien ins Spiel gebrachten Vorschläge, Bürgern jenseits eines bestimmten Alters das Wahlrecht zu entziehen[37] oder es Kindern, vertreten durch ihre Eltern, zu gewähren,[38] dürften allerdings nicht mehr sein als Effekthascherei. Abgesehen von den rechtlichen Problemen eines Abrückens vom Prinzip freier, gleicher und geheimer Wahlen ist nicht zu erkennen, warum sich das Staatsvolk in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung mit verfassungsändernder Mehrheit freiwillig entmachten sollte. Aussichtsreichere Reformen, mit denen einer generationenpolitischen Polarisierung entgegengewirkt werden könnte, sind dagegen eine graduelle Erhöhung des Rentenalters und ein partieller Umbau des Wohlfahrtsstaats in Richtung auf Eigenvorsorge durch angespartes Eigenkapital. Beide Arten von Veränderungen sind heute vielerorts in Gang, allerdings mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und, wenn es nach den sie vorantreibenden Parteien und Regierungen geht, so allmählich und mit so geringem politischen Aufsehen wie möglich. Ob dies ausreichen wird, um gesellschaftsspaltende Konflikte zwischen Alt und Jung zu verhindern, wird man sehen.

Auch wenn die Politik darüber mitentscheidet, ob die neue Demografie in einen wohlfahrtsstaatlichen Generationenkonflikt einmündet, ist sie andererseits nicht allmächtig. Ihre Möglichkeiten sind an Zeitfenster und Entwicklungspfade gebunden, die bestimmten Lösungen entgegenkommen und andere unwahrscheinlich machen. Wenn wie im Bismarckschen Sozialversicherungsstaat die Rente als Rückzahlung geleisteter Beiträge konzipiert ist, kann im Zuge der Rechtsentwicklung der Rentenanspruch als Eigentumsrecht ausgestaltet werden. Ist dies, wie in Deutschland, einmal geschehen, sind Eingriffe in Rentenansprüche schwieriger als etwa in Großbritannien, wo die staatliche Rente lediglich der Grundsicherung dient und nicht mehr ist als eine wohlfahrtsstaatliche Leistung unter anderen. Ebenso ist eine Heraufsetzung der Altersgrenze bei Eintritt in den Ruhestand umso schwerer, je größer die Zahl derjenigen bereits ist, die in den nächsten Jahren aus dem Erwerbsleben auszuscheiden hoffen. Je länger Reformen gerade in einer alternden Gesellschaft aufgeschoben werden, desto schwieriger werden sie. Irgendwann, wenn der demografische Wandel einen bestimmten Punkt überschritten hat – den man vorher nicht genau kennen kann –, könnte sich das Fenster für institutionelle Eingriffe schließen.

Die Neuverhandlung des Generationenvertrages als Interessenaus-

gleich zwischen Alt und Jung unter veränderten demografischen Vorzeichen erscheint somit als Stunde einer Politik, die freilich erst noch zeigen muss, ob sie der Aufgabe gewachsen ist. Alle großen Parteien sind heute auch Rentnerparteien; aber die Unterstützung der Rentner allein reicht zum Regieren nicht aus. Koalitionen müssen geschlossen und Pakete geschnürt werden, um Regierungsfähigkeit zu sichern und politische und gesellschaftliche Zerreißproben zu vermeiden. Die gute Nachricht ist, dass demokratische Politik hierin grundsätzlich nicht schlecht ist. Wenn die Anpassung der wachsenden Versorgungslasten an die Notwendigkeiten gesellschaftlicher Zukunftssicherung ohne Schaden für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewältigt werden soll, muss sie in eine umfassende altersfreundliche Umgestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge, aber auch der Arbeitswelt eingepasst werden. Dies kann grundsätzlich allen Bürgern zugute kommen, weil alle einmal alt sein werden. Nur wenn es ihr gelingt, gemeinsame Interessen zu entdecken und in den Vordergrund zu rücken, kann die Politik hoffen, die möglich gewordenen Verteilungskonflikte zwischen den Generationen so zu entschärfen, dass Altersfreundlichkeit und Zukunftssicherung ohne blockierende Polarisierung gleichzeitig in Angriff genommen werden können.

Ausschlaggebend wird freilich sein, ob Politik und Öffentlichkeit der alternden Gesellschaft eine Neubestimmung der Rechte und Pflichten von Alt und Jung zustande bringen, die den wohlfahrtsstaatlichen Konsens über die moralische Notwendigkeit der Abschaffung von Altersarmut weiterentwickelt. Hier wird es vor allem auf den Wertehorizont ankommen, innerhalb dessen die Mitglieder der Gesellschaft ihre individuellen und kollektiven Interessen definieren. Interessen, auch materieller Art, bedürfen der Konkretisierung in Auseinandersetzung mit gesellschaftlich sanktionierten Werten und Normen. Wie Handelnde ihre politischen Interessen verstehen, hängt auch von der moralischen Rhetorik ab, der sie ausgesetzt sind. Eine kulturelle Stilisierung menschlichen Handelns als moralisch indifferente «rationale Wahl» kann die Fähigkeit der Politik, Verteilungskonflikte zu bewältigen, zunichte machen. Letzten Endes werden die Alten dafür gewonnen werden müssen, für die Zukunft der Gesellschaft auch über ihr Ableben hinaus Verantwortung zu übernehmen. Dies ist im Kern eine moralische Frage. Die alternde Gesellschaft kann eine Zukunft haben, wenn es ihr gelingt, ihre alten Mitglieder weiterhin so eng in das Beziehungsgeflecht ihrer moralischen

Ökonomie einzubinden, dass sie sich ihr gegenüber nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet fühlen. Möglicherweise bedarf es dazu nicht mehr als der behutsamen Bewahrung und Kultivierung bestehender Bindungen und Bindungsbereitschaften; aber dies kann in Zeiten von Individualisierung und Marktrationalität das Schwierigste überhaupt sein.

Politik in einer alternden Gesellschaft:
Vom Generationenvertrag zum Generationenkonflikt?

1 Ich danke Anna Skarpelis für wertvolle Unterstützung.
2 H. D. Laswell (1950): *Politics: who gets what, when, how.* New York: P. Smith.

3 H. W. Sinn und S. Uebelmesser (2002): *Pensions and the Path to Gerontocracy in Germany.* European Journal of Political Economy, Vol. 19, 153–158; J. Tremmel (1996): *Der Generationsbetrug : Plädoyer für das Recht der Jugend auf Zukunft*. Frankfurt am Main : Eichborn.

4 Und mit ihr auf die Demokratie, die, so der amerikanische Ökonom Lester Thurow, «noch nicht lange genug Zeit gehabt (hat), sich als für den Kampf ums Dasein gewappnet zu erweisen. Das allgemeine Wahlrecht ist gerade einmal hundert Jahre alt. Die Alten werden sein bisher härtester Test» (Lester C. Thurow [1996]: *The Birth of a Revolutionary Class*. The New York Times, 19. Mai 1996, S. 46).

5 K. Marx (1852): *Der Achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon*. In: ## Wedemeyer, *Die Revolution. Eine Zeitschrift in Zwanzig Heften*. New York, 117.

6 Im Sinne von Lester Thurow: «A new class of people is being created» (L. C. Thurow (1996): wie Anm. 4, S. 46). Und weiter: «In den kommenden Jahren könnte der Klassenkampf neu definiert werden: als Kampf der Jungen gegen die Alten, anstatt der Armen gegen die Reichen» (L. C. Thurow (1996): wie Anm. 4, S. 46).

7 R. H. Binstock (2002): *Political Behavior*. In: D. J. Ekerdt und K. M. Bensing (Eds.), *Encyclopedia of Aging*, 1110.

8 R. H. Binstock (2002): wie Anm. 7, 1109; siehe auch R. H. Binstock und J. Quadagno: *Aging and Politics*. In: R. H. Binstock und L. K. Goerge (Eds.) (2001), *Handbook of Aging and the Social Sciences*. San Diego: Academic Press, 5. Auflage, 336.

9 R. H. Binstock (2002): wie Anm. 7, 1109.

10 R. H. Binstock (2002): wie Anm. 7, 1110.

11 1988, 393, zitiert nach R. H. Binstock und J. Quadagno (2001): wie Anm. 8, 339.

12 R. H. Binstock (2002): wie Anm. 7, 1111.

13 R. H. Binstock (2002): wie Anm. 7, 1112.

14 R. H. Binstock (2004): *The Prolonged Old, the Long-Lived Society, and the Politics of Age*, 103.

15 A. L. Campbell (2002): *Self-Interest, Social Security, and the Distinctive Participation of Senior Citizens*. American Political Science Review, Vol. 96, No. 3, 565–574; A. L. Campbell (2003): *How Policies Make Citizens: Senior Political Activism and the American Welfare State*. Princeton: Princeton University Press; A. L. Campbell (2003): *Participatory Reactions to Policy Threats: Senior Citizens and the Defense of Social Security and Medicare*. Political Behavior, Vol. 25, No. 1, 29–49.

16 A. L. Campbell (2003): *How Policies Make Citizens*: wie Anm. 15, 138

17 So der Sprecher des US-Abgeordnetenhauses, Tip O'Neill, schon 1982 als Reaktion auf einen Vorschlag der Reagan-Regierung, 80 Milliarden Dollar im Rentenetat einzusparen. Die «dritte Schiene» bei amerikanischen U- und S-Bahnen führt den Strom.

18 S. A. MacManus (1995): *Taxing and Spending Politics: A Generational Perspective*. The Journal of Politics, 57, 627.

19 J.W. Button (1992): A Sign of Generational Conflict – the Impact of Florida

Aging Voters on Local School and Tax Referenda. Social Science Quarterly, Vol. 73, No. 4, 786–797, S. 796.

20 N.D. Glenn und M. Grimes (1968): *Aging, Voting, and Political Interest*. American Sociological Review, Vol.33, No. 4, 563–575.

21 H. Hahn und S Kamienicki (1987): Referendum Voting: Social Status and Policy Preferences. New York: Greenwood. In: J. W. Button (1992): wie Anm. 19, S.787.

22 N.D.Glenn und M. Grimes (1968): wie Anm. 20, S. 21.

23 Eine halbwegs treffende Übersetzung wäre «habgierige alte Knacker».

24 Dies lässt es im Übrigen fraglich erscheinen, ob ein Staat wie Florida, dessen ältere Bürger sich zum großen Teil erst nach ihrem Eintritt in den Ruhestand dort ansiedeln, ein idealer Testfall für die «greedy geezer»-Theorie ist, wie Button (1992) behauptet.

25 M. Kohli (1996): *The Problem of Generations: Family, Economy, Politics*. Konferenzbeitrag. Public lecture No. 14, Collegium Budapest, 17. April 1996; M. Kohli (2005): *Aging and Justice*. In: R. H. Binstock und L. K. George, Handbook of Aging and the Social Sciences; M. Kohli (1999): *Private and public transfers between generations: Linking the family and the state*. European Societies 1, 81–104; M. Kohli (2004): *Intergenerational transfers and inheritance: A comparative view*. Spring Annual Review of Gerontology and Geriatrics 24, 266–289.

26 Im übrigen könnte auch hier ein Rückkopplungseffekt insofern wirksam sein, als das hohe Durchschnittsalter der vorhandenen Mitglieder schon als solches auf Jüngere abschreckend wirken dürfte.

27 B. Ebbinghaus (2003): *Die Mitgliederentwicklung deutscher Gewerkschaften im historischen und internationalen Vergleich*. In: W. Schroeder und B. Wessels, *Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

28 Die Zahl der Sterbefälle ist seit einem halben Jahrzehnt trotz der in dieser Zeit deutlich gesunkenen Gesamtmitgliedschaft nahezu konstant geblieben. «Unser Jüngster wird 50» verkündet ein in den deutschen Gewerkschaften verbreiteter Sarkasmus.

29 O. Niedermayer (2005): *Parteimitgliedschaften im Jahre 2004*. Zeitschrift für Parlamentsfragen, No.2, 382–389.

30 Da Rentner die Kosten eines Streiks in Form entgangenen Einkommens oder gar verlagerter Arbeitsplätze nicht zu tragen brauchen, stehen sie bei manchen Gewerkschaftsfunktionären sogar im Verdacht übergroßer Militanz.

31 Konflikte können sich auch in Bezug auf die Beschäftigungswirkung von Lohnerhöhungen ergeben. Rentnermitglieder profitieren von hohen Lohnzuwächsen, auch wenn diese Beschäftigung kosten sollten. Sie dürften deshalb dazu neigen, mögliche negative Beschäftigungswirkungen einer aggressiven Lohnpolitik zu unterschätzen.

32 Ein über das Alter der Kandidaten ausgetragener Wahlkampf eines «Mädele» in den Vierzigern gegen einen erfolgreichen, aber im siebten oder achten Lebensjahrzehnt angeblich «zu alten» Ministerpräsidenten dürfte der Vergangenheit angehören.

33 R. Putnam (1995): *Bowling alone*. Journal of Democracy 6 (1), 65–78.

34 «Demography,is not destiny.» R. H. Binstock (2004): wie Anm. 14, 10.
35 P. Pierson (1996): *The new politics of the welfare state*. World Politics, Vol.48, No.2, 143–179.
36 R. H. Binstock und J. Quadagno (2001): wie Anm. 8, 342.
37 D. J. Stewart (1970): *Lesson of California – Disfranchise the Old*. New Republic 163, 20–22; P. van Parijs (1999): *The disfranchisement of the elderly, and other attempts to secure intergenerational justice*. Philosophy & Public Affairs 27, 292–333.
38 Siehe etwa den Antrag von 47 Bundestagsabgeordneten aus allen Fraktionen vom 11. September 2003, mit der Überschrift «Mehr Demokratie wagen durch ein Wahlrecht von Geburt an» (Drucksache 15/1544).